

Protokoll

über die 24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 04.02.2016, im Sitzungsraum Vejen des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:23 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Detlev Blohm

Frau Kerstin Dorbandt

Herr Jan Höpermann

Herr Ulrich Kloevekorn

Herr Stephan Schwartz

stellvertr. Vorsitzender

WSI:

Herr Joachim Funck

Frau Ingrid Paradies

stellvertr. Ausschussmitglied, ab 18:26 Uhr

SPD-Fraktion:

Herr Hans-Peter Nowack

Herr Thorsten Zipperich

stellvertr. Ausschussmitglied, ab 18:15 Uhr

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Thomas Grabau

Herr Dr. Ralf Sonntag

Vorsitzender

FDP-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Seniorenbeirat:

Herr Reinhard Schuster

Vertreter für Frau Dr. Klug

Jugendbeirat:

Herr Raphael Ahlemann

Herr Lucas Harder

Herr Christian Koch

stelle Prüfdienste über die Prüfung des Erweiterungsbaus Johann-Rist-Gymnasium, vorgezogen wird und nun 6.1 wird. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Der Vorsitzende beantragt den Ausschuss der Öffentlichkeit für die Punkte 7 und 8.

Mit 11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen stimmt der Ausschuss der Änderung der Tagesordnung zu und schließt die Öffentlichkeit für die o.g. Punkte aus.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
- 2.) **Mitteilungen und Anfragen zu Kleingartenangelegenheiten**
- 3.) **Anhörung Beiräte**
 - 3.1 **Antrag des Jugendbeirats zur Befestigung des Jörg-Balack-Wegs**
- 4.) **Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 23. Sitzung vom 14.01.2016**
- 5.) **Beschlussvorlagen**
 - 5.1 **Neubau Städtische Wohnunterkunft Am Steinberg**
Vorlage: BV/2016/001
- 6.) **Mitteilungen und Anfragen**
 - 6.1 **Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Prüfung des Erweiterungsbaus Johann-Rist-Gymnasium**
Vorlage: MV/2016/005
 - 6.2 **BusinessPark Elbufer / Sanierung des 1. Grundwasserleiters**
Vorlage: MV/2015/115
 - 6.3 **Verlängerung der Anpassung der Wertgrenzen für Vergaben nach VOB und VOL für die Stadtentwässerung Wedel**
Vorlage: BV/2016/148
 - 6.4 **Stand wichtiger Bauvorhaben - Tief- und Gartenbau**
Vorlage: MV/2016/001
 - 6.5 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**
 - 6.6 **Sonstiges**

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 7.) **Beschlussvorlagen**
 - 7.1 **Bauvorhaben Steinberg - Ingenieurbeauftragung**
Vorlage: BV/2016/002
-

**7.2 Vertrag zum Bau und Betrieb der Straßenbeleuchtung und zum Betrieb
der Lichtsignalanlagen - Verlängerung
Vorlage: BV/2016/003**

8.) Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

8.2 Sonstiges

9.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin beklagt, dass Einsparungen immer zu Lasten der Kinder und Jugendlichen gingen. Außerdem habe sie von den Mitarbeitern der Verwaltung unterschiedliche Antworten bekommen, was die Straßenbeleuchtung außerorts an der Holmer Straße und was Mängel an den Schulen betreffe. Der Bürgermeister entschuldigt sich für die verschiedenen Aussagen, bittet aber um genauere Angaben, um den Vorwürfen nachgehen zu können. Für die Beleuchtung erklärt er, dass zurzeit das Problem darin besteht, dass die straßenbegleitenden Grundstücke teilweise privat sind und man das Einverständnis der Eigentümer braucht. Die Nutzung des Grünstreifens hat das Land nicht genehmigt. Bei Schäden an einer Schule, so z.B. bei Durchfeuchtung, wird die Stadt durchaus tätig. Bei solchen Fragen, sollte sich die Einwohnerin direkt an Herrn Zwicker wenden, der der hierfür zuständige Fachdienstleiter ist.

Ein weiterer Einwohner verteilt seine Stellungnahme mit Fotos zum Antrag des Jugendbeirats. Eine Pflasterung des Jörg-Balack-Wegs würde seiner Meinung nach die Situation verschlimmern, da der Weg ein Gefälle aufweist. Der Weg sei seit 4 Jahren nicht mehr gepflegt worden, eine vernünftige Pflege bzw. Reparatur sei völlig ausreichend. Eine Pflasterung sei mit Laub und Schnee sehr gefährlich. Außerdem gebe es zurzeit Wichtigeres wie die Bauunterhaltung der Schulen oder die Versorgung der Flüchtlinge. 2012 wollten 95 % der von ihm befragten Nutzer den Weg naturbelassen erhalten.

2.) Mitteilungen und Anfragen zu Kleingartenangelegenheiten

Der Vertreter hat sich entschuldigt.

3.) Anhörung Beiräte

Der Seniorenbeirat weist auf den weiterhin schlechten Zustand der Fußwege hin. Der Umweltbeirat erklärt, dass das Konzept für die Fahrradboxen fertig ist und er den Antrag des Jugendbeirats unterstützt.



3.1.) Antrag des Jugendbeirats zur Befestigung des Jörg-Balack-Wegs

Herr Harder verliest Wortlaut und Begründung des Antrags (Anlage 1).

Die CDU erklärt, dass sie bei ihrer Haltung von 2012 bleibt: Der Weg soll naturbelassen bleiben, da er bei Frost und im Herbst ansonsten zu gefährlich sei. Frau Dorbandt berichtet, dass sie als Weg-Nutzerin häufiger „rasenden Radfahrern“ begegnet und sie befürchtet, dass die Pflasterung dies verstärkt.

Auch die FDP lehnt den Antrag ab. Herr Dr. Thöm fragt, ob es die Möglichkeit eines anderen Belags wie z.B. beim Elbwanderweg gibt. Frau Woywod erwidert, dass der Elbwanderweg wesentlich neuer ist und dass im Aotal vielmehr Nässe herrscht. Die Verwaltung ist sich bewusst, dass der Zustand nicht optimal ist, aber leider kann man zurzeit nichts daran ändern.

Herr Hagendorf kann die Einwände verstehen, fragt aber, ob man nicht mit einem anderen Untergrund die Probleme in den Griff bekommen kann. Darüber hinaus sei eine Pflasterung nicht so pflegeintensiv und damit günstiger. Er wehrt sich gegen die Verbindung von Nutzerverhalten und Untergrund. Seiner Meinung nach, dürften nicht alle bestraft werden, nur weil sich ein Teil falsch verhalte. Er fragt, ob die Verwaltung es für möglich hält, dass der naturnahe Charakter eines Wanderwegs mit den Ansprüchen an einen Verkehrsweg verbunden wird, sodass eine ganzjährige Befahrbarkeit gewährleistet und das Stadtbild sogar noch aufgewertet wird.

Die SPD erwartet ein Gesamtkonzept mit Aussagen, Priorisierungen und Mängelbeseitigung. Schon 2000 habe Argus einen Plan zur Verbesserung der Radwege vorgeschlagen. Herr Lieberknecht erinnert daran, dass die für ein Konzept nötige Bestandsaufnahme in diesem Ausschuss abgelehnt wurde. Man bringe es in den Ziel-Workshops immer wieder ein. Auch in diesem Haushalt ist die Maßnahme vorgesehen, falls sie nicht wieder gestrichen werde. Herr Harder wirft ein, dass der Jugendbeirat auch mit einem anderen Belag als Pflaster zufrieden wäre. Er gibt zu bedenken, dass die Ertüchtigung des Jörg-Balack-Wegs wesentlich günstiger ist als einen neuen Radweg auf der Trasse der Südumgehung anzulegen. Es gebe nur 2 Möglichkeiten um das Problem an der Mühlenstraße zu entzerren und trotzdem vom Bahnhof zur Altstadt zu gelangen: entweder den Jörg-Balack-Weg zu befestigen oder einen Radweg auf der Trasse der Südumfahrung zu schaffen.

Herr Dr. Sonntag erklärt für die Grünen, dass sie den Antrag unterstützen, weil es erstens ein Schulweg ist und zweitens die Verbesserung der Radwege zur Verringerung des Autoverkehrs führen kann.

Herr Grabau wünscht sich, dass die gesamte Strecke bis zur Pestalozzischule ganzjährig befahrbar ist.

Die Linke ist grundsätzlich für eine Befestigung, will aber den Beschluss verschieben, damit die Verwaltung andere Beläge prüft. Frau Woywod erwidert, dass Pflaster oder Asphalt möglich sind, die Verwaltung aber Pflaster bevorzugt.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag der Linken abstimmen. Dieser wird mit 2 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltung abgelehnt.

Dann lässt er den Ausschuss über den Antrag des Jugendbeirats (Anlage 1) abstimmen. Der mit 5 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen ebenfalls abgelehnt wird.

4.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 23. Sitzung vom 14.01.2016

Herr Grabau möchte eine Änderung des Protokolls. Unter TOP 1, Einwohnerfragestunde, letzter Absatz (S. 4) soll ergänzt werden: „...da die Entwässerung nicht funktioniere. Alle

landwirtschaftlichen Wege in Wedel würden sich in nahezu gleichem katastrophalem Zustand befinden. Auch dieses ...“

Mit dieser Änderung wird das Protokoll mit 10 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen genehmigt.

5.) Beschlussvorlagen

5.1.) Neubau Städtische Wohnunterkunft Am Steinberg Vorlage: BV/2016/001

Herr Zwicker stellt das Bauvorhaben vor. Auf Nachfragen erklärt er, dass die 2-Zimmer-Wohnungen für Familien gedacht sind. In den 1-Zimmer-Einheiten sind 1 Person pro Einheit geplant. Wenn allerdings der Druck sehr groß ist, wären zeitweise auch 2 Personen möglich. Der Bürgermeister ergänzt, dass es zurzeit einfacher ist auf dem Wohnungsmarkt etwas für Familien als für Einzelpersonen zu finden.

Herr Nowack findet, dass der Entwurf äußerlich einen guten Eindruck macht und erkundigt sich, warum oben eine Grünfläche vorgesehen ist und ob es Windfänge gibt. Herr Zwicker antwortet, dass die Grünfläche für die Entwässerung wichtig ist. Windfänge sind nicht geplant. Man hat ähnliche Appartements in der Unterkunft Im Winkel, auch ohne Windfänge und da ist das problemlos.

Herr Dr. Thöm fragt, wer baut. Ihm wird geantwortet, dass die Stadt baut. Herr Kloeveborn erwidert, dass die CDU dagegen ist, dass die Stadt Bauherrin ist, wobei man nicht gegen den Bau von Flüchtlingswohneinheiten ist, sondern nur dagegen, dass die Stadt selbst baut.

Der Ausschuss beschließt mit 8 ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, die Städtische Wohnunterkunft „Am Steinberg“ so zu bauen, wie es in den vorgestellten Plänen dargestellt ist (s. Anlage).

Die erforderlichen Mittel sind vorhanden.

6.) Mitteilungen und Anfragen

6.1.) Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Prüfung des Erweiterungsbaus Johann-Rist-Gymnasium Vorlage: MV/2016/005

Herr Schmidt erklärt, dass er wegen der Kostensteigerung und der Bauzeitverlängerung das Rechnungsprüfungsamt um Untersuchung gebeten hat. Das Ergebnis freut ihn insofern als dass es zeigt, dass keine Verschwendung von Steuergeldern vorliegt, sondern das Gebäude sein Geld wert ist.

Herr Meinert vom RPA berichtet, dass man bei der Prüfung zwei Fragestellungen nachgegangen ist: 1) der Bauzeitverzögerung und 2) den Baukosten. Zu 1) führt er aus, dass es viele Ursachen gab: so einen strengen Winter (2012/13) und eine Firmeninsolvenz. Anfänglich habe es ein gutes Krisenmanagement gegeben und die Zeitverzögerungen sind bis zum Sommer 2014 nachvollziehbar. Danach habe das RPA keine richtige Führung der Baustelle mehr ausmachen können. Daher empfiehlt das RPA für entsprechende Bauvorhaben eine Projektsteuerung, die extern oder - wie vom Fachdienst Gebäudemanagement bevorzugt - intern durch personelle Unterstützung erfolgen kann. Zu 2) unterstreicht Herr Meinert,

dass es keinen Schaden gegeben hat und dass das Bauwerk gut ist. Allerdings seien die tatsächlichen Kosten vor dem Baubeschluss nicht erkannt worden, was vor allem daran gelegen habe, dass die Kosten für Elektrik, Belüftung und die Einbindung des Bunkers nicht gut genug geplant gewesen seien.

Herr Schmidt erklärt, dass man aus dem Bericht Konsequenzen zöge. Zum einem muss man erkennen, dass der Fachdienst Gebäudemanagement durch das Bauvolumen personell überfordert wird. Früher hat es 3 Bauingenieure gegeben, heute nur noch eine. Zwei Stellen wurden mit dem Argument eingespart, dass die Stadt ja nicht mehr so viel baut. Inzwischen gab es jedoch wieder erheblich mehr Vorhaben im Bereich Schulerweiterungen und Unterkünfte. Hierfür braucht es zukünftig externe Unterstützung. Mittelfristig muss es aber strukturelle Veränderungen und personelle Verstärkung geben. Zum anderen muss allgemein festgestellt werden, dass Zeitdruck immer zu Lasten der Planung geht, was später dann Kosten verursacht. Die Verwaltung wird daher ein Standardverfahren vorlegen, dass auch dann eingehalten werden soll, wenn Druck aufgebaut wird wie z.B. durch Lehrer und Eltern.

Herr Lieberknecht ergänzt, dass man bisher die Einzelgewerke baubegleitend ausgeschrieben hat. Dadurch sind am Anfang nicht alle Kosten bekannt, da die Ausschreibungsergebnisse erst später vorliegen. Es gibt daher Überlegungen, zukünftig alle Gewerke gleichzeitig auszuschreiben, um zu Beginn der Baumaßnahme alle Kosten zu kennen. Die Verwaltung arbeitet außerdem mit freischaffenden Ingenieurbüros zusammen, von deren Qualitäten und Kapazitäten man abhängig ist, zudem hat es leider beim JRG-Bau auch noch in zwei Fällen einen Wechsel der Ansprechpartner bei den Planungsbüros gegeben. Erschwerend kommt hinzu, dass der Haushalt in der Regel vom Innenministerium freigegeben werden muss, was meist erst Ende März der Fall ist; d.h. es können noch keine Planungsleistungen beauftragt werden und damit fehlt für die Haushaltsabwicklung schon $\frac{1}{4}$ Jahr. Herr Dr. Thöm möchte eine Erklärung für die Kostensteigerung auf 7 Mio. €, selbst in der Mitteilungsvorlage 2015 sind noch Kosten in Höhe von 6,5 Mio. € genannt. Herr Schmidt antwortet, dass das Projekt nicht teurer geworden ist, sondern diese Differenz von 0,5 Mio. eine Frage der Zurechnung ist. Herr Meinert nennt als Beispiel die Elektroarbeiten, die auch als Bauunterhaltung im Rahmen der Bestandpflege verbucht werden könnten.

Herr Dr. Thöm bittet um eine qualitative Verbesserung der Mitteilungsvorlagen. Posten wie „allgemeine Baukosten“ sind nicht detailliert genug. Herr Zwicker antwortet, dass dies auch den personellen Kapazitäten geschuldet ist.

Weiter fragt Herr Dr. Thöm was eine externe Projektsteuerung kostet, ob diese auch haftet und von wem so etwas wahrgenommen wird. Herr Lieberknecht erklärt, dass man die AHO (Honorarordnung für Projektmanagementleistungen in der Bau- und Immobilienwirtschaft) als Orientierung nehmen kann. In der Regel belaufen sich die Kosten auf 2-3% der Bau-summe.

Herr Nowack ist positiv erstaunt, dass das RPA einen kritischen Bericht erstellt hat, da es interne und nicht externe Prüfer sind. Herr Nowack behauptet, dass das Bauvorhaben chaotisch und verantwortungslos geführt worden sei und dass das Projektteam kompetenzlos gewesen wäre. Seiner Meinung nach „war das auch nicht anders zu erwarten“. Der Bürgermeister weist eine solche „Generalanklage“ zurück. Herr Kloevekorn wertet den Beitrag Herrn Nowacks als „Unverschämtheit“, der nach dem man den Bericht des RPAs gelesen hat, nicht nachvollziehbar ist. Der Bericht ist eindeutig: es ist kein Steuergeld verschwendet worden. Herr Schmidt ergänzt, dass zwar die Kosten dem Ausschuss im Vorfeld nicht vorgelegen haben, diese aber für den Bau erforderlich waren. Herr Funck sieht die Schuld auch bei der Politik, da Personal eingespart wurde.

Herr Blohm nimmt Bezug auf die Aussage eines Planungsingenieurs, dass sich öffentliche Bauherrn eh nicht wehren und fragt, ob man da nicht stärker nachhaken kann. Herr Schmidt gibt zu, dass es durchaus so ist, da private Bauherrn andere Möglichkeiten haben, während die Stadt an rechtliche Rahmenbedingungen wie VOL und VOB gebunden ist.



**6.2.) BusinessPark Elbufer / Sanierung des 1. Grundwasserleiters
Vorlage: MV/2015/115**

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**6.3.) Verlängerung der Anpassung der Wertgrenzen für Vergaben nach VOB und VOL
für die Stadtentwässerung Wedel
Vorlage: BV/2016/148**

Herr Harms weist auf einen Druckfehler hin: In der Anlage 1, Änderung der Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Stadtentwässerung Wedel, muss es in § 3a Absatz 4 bis unterhalb 209.000,00 € und nicht 200.000,00 € heißen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**6.4.) Stand wichtiger Bauvorhaben - Tief- und Gartenbau
Vorlage: MV/2016/001**

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass die Angebote für den Ausbau der Heinrich-Schacht-Straße nächste Woche geöffnet werden. Für die nächste Sitzung wird man eine entsprechende Vorlage vorbereiten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6.5.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Frau Woywod berichtet, dass die Feld- und Wirtschaftswege in einem schlechten Zustand sind und dass der Bauhof die Löcher stopft. Weiter wurde das LKN wegen der Arbeiten am Mitteldeich kontaktiert. Dieses hat erklärt, dass keine Genehmigung für die Arbeiten am Mitteldeich vorliegt. Die Genehmigung wurde aber mündlich in Aussicht gestellt. Die Lichtsignalanlage an der Mühlenstraße wurde nicht umgestellt. Eine Umstellung würde 40.000 € kosten. Die Geschwindigkeitsreduzierung ist auf Probe, um herauszufinden, ob die Begrenzung auf 30 km/h besser oder schlechter ist. Frau Paradies fragt, wie lange der Probebetrieb sein wird. Herr Brix antwortet, dass ein Widerspruch eingelegt worden ist, der ggf. in eine Klage mündet.

Herr Lieberknecht teilt mit, dass die Verwaltung mit allen beteiligten Unternehmen die Versackung am Hafen begutachtet. In diesem Rahmen wird auch der Schadenverursacher ermittelt.

Herr Brix erklärt, dass vor der Entsorgung des Boots eine Kostenabwägung stattgefunden hat. Für die Maßnahmen ist der Ersatzpflichtige verantwortlich, so dass die Kosten von ihm eingefordert werden.

6.6.) Sonstiges

Herr Grabau möchte, dass das angesprochene Gutachten über die Feld- und Wirtschaftswege verteilt und mitgeteilt wird, ob und wie die empfohlenen Maßnahmen umgesetzt wurden.



Herr Dr. Thöm regt eine Veranstaltung zum Thema Straßenbeleuchtung an, in der über den Stand der Technik und über Kosten und Nutzen informiert werden sollte. Herr Oranienburg, Stadtwerke Wedel GmbH, lädt daraufhin den Ausschuss zu den Stadtwerken ein, um die neuesten Modelle zu zeigen und zu informieren.

Herr Nowack stellt Anfragen zum Landesdeich in Hetlingen (Anlage 2).

Um 20:04 Uhr schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit aufgrund des Beschlusses zur Tagesordnung von der weiteren Beratung und Beschlussfassung aus und unterbricht die Sitzung für eine kurze Pause bis 20:10 Uhr.

9.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

In nicht öffentlicher Sitzung wurde die Ingenieurbeauftragung für das Bauvorhaben Steinberg (BV/2016/002) beschlossen und der Vertrag zum Bau und Betrieb der Straßenbeleuchtung und zum Betrieb der Lichtsignalanlage (BV/2016/003) verlängert.

gez. Thomas Grabau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift 16.02.2016

16.02.2016

